

Antrag an den Studierendenrat

Stellungnahme gegen Polizeigewalt im Zuge des G20

Sitzung vom 24.07.2017

AntragstellerIn:

Referat für Politische Bildung

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen dass,

Stellungnahme gegen Polizeigewalt im Zuge des G20-Gipfels

Der StuRa Freiburg verurteilt die Repression und Gewalt der Polizei im Rahmen der G20-Proteste in Hamburg und fordert eine Aufarbeitung dieser, sowie eine größere Sensibilität gegenüber unrechtmäßiger Polizeigewalt.

Kritik am Polizeieinsatz

Wir verurteilen das unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei gegenüber der G20-Proteste. Die Repression gegenüber Journalist*innen, Rechtsanwalt*innen, Camps, Anreisenden, gar gegen angemeldete Demonstrationen war von Beginn an unangemessen und zielte auf eine Delegitimierung der Proteste ab.

Am Wochenende des 7. & 8. Juli fand in Hamburg der G20-Gipfel und Proteste gegen diesen statt. Bereits im Vorfeld war durch die Wahl des Einsatzleiter H. Dudde, der bereits in der Vergangenheit durch rechtswidrige Polizeieinsätze bekannt wurde, die harte Linie der Polizei klar (1). Daran anschließend zeigte die Einschränkung des Versammlungsrecht in einem riesigen Gebiet Hamburgs und das Verbot der Protestcamps das Selbstverständnis der Polizei. Nicht die Gewährleistung von Grundrechten und der Schutz der Protestierenden stand im Vordergrund, sondern die Durchführung des G20-Gipfels.

Das vehemente Vorgehen der Polizei gegen die Protestcamps vor, während und nach dem Gipfel verdeutlicht, dass es von Anfang an darum gehen sollte den Protest zu behindern und zu kriminalisieren.

Ein Beispiel für die desaströse Arbeit der Polizei:

Dennoch ließen sich viele nicht einschüchtern, sodass die erste größere Demonstration am 6. Juli unter dem Motto "Welcome to Hell" mit mehreren tausenden Menschen und vielen Zuschauenden starten wollte. Nach wenigen Metern wurde die angemeldete Demonstration direkt von der Polizei

mit mehreren Hundertschaften, fünf Wasserwerfern und zwei Räumpanzern gestoppt. Die Demonstrierenden wurden aufgefordert ihre Vermummung abzunehmen, dem größtenteils nachgekommen wurde. Trotzdem begann die Polizei, die gesamte Demonstration ohne Vorwarnung mit Schlagstock, Pfefferspray und CS-Gas anzugreifen und auseinander zu treiben (2). Obwohl Vermummungen nach § 17 des Versammlungsgesetzes verboten sind, halten wir dieses brutale und gefährliche Vorgehen der Polizei aufgrund nicht gewalttätigen Aktes der Vermummung für nicht rechtfertigbar.

Spätestens seit den Ereignissen der Loveparade in Duisburg sollte allen bewusst sein, dass eine Massenpanik in einem beengten Raum höchst gefährlich für Leib und Leben aller Beteiligten sein kann.

Daher ist uns unbegreiflich wie die Polizei am Donnerstag beabsichtigt eine Massenpanik in der engen Hafenstraße auslöste und so die Verletzungen vieler in Kauf nahm. Rechtsanwält*innen, des Republikanischer Anwältinnen- und Anwältevereins, die rechtlichen Beistand in der Gefangenensammelstelle (GeSa) in Hamburg-Harburg leisten wollten, wurden dabei von der Polizei blockiert, beschimpft und physisch attackiert. Ähnliche Vorfälle gab es auch gegen die in Gewahrsam Genommenen, zudem wurden teilweise sowohl die medizinische als auch hygienische Versorgung verwehrt (3).

Das besonders Kritische an dem gesamten Polizeieinsatz in Hamburg waren nicht nur die Vorgehensweisen wie oben beschrieben, sondern eine systematische Eingrenzung vieler demokratischer Rechte. So wurde nicht nur die Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung enorm eingegrenzt, auch in die Pressefreiheit wurde massiv eingegriffen. Journalist*innen wurden im Nachhinein die schon erteilte Akkreditierung entzogen. Zudem wies die Polizei einige Pressevertreter*innen an, brisante Situationen zu verlassen, um die Polizeiarbeit nicht zu behindern (4) (5). Des weiteren wurden die Rechte von in Gewahrsam genommenen und Rechtsanwält*innen systematisch eingeschränkt

Kritik an medialer Berichterstattung und gesellschaftlichem Gewaltdiskurs

Nicht nur die Polizeistrategie, sondern auch die mediale Berichterstattung führte zu einer Kriminalisierung rechtmäßigen Protests. Außerdem lässt der gesellschaftliche Diskurs mangelnde Sensibilität gegenüber alarmierende Mängel des Rechtsstaats erkennen.

Die auf die Gewalt in Hamburg folgende gesellschaftliche Diskussion hat erschreckende Einsichten in die gesamtgesellschaftlichen Einstellungen gegeben.

Ein blindes absolutes Vertrauen in die Polizei ist für uns ein Hinweis auf autoritäre Tendenzen in der Einstellung der BürgerInnen, in jedem Fall zeigt sie jedoch eine gefährlich unkritische Haltung gegenüber staatlichen Institutionen.

Es ist offensichtlich, dass die größere Gefahr für den Rechtsstaat wohl eher von einer wiederkehrenden unkontrollierten Polizeigewalt ausgeht, als den kurzzeitigen Ausschreitungen einiger einmalig randalierender Autonomen und Krawalltourist*innen. Dass dies von großen Teilen der Gesellschaft nicht erkannt wird, ist extrem erschreckend. Ein demokratischer Staat kann nicht nur aufgrund fehlender staatlicher Eingriffe in Gefahr geraten. Gerade rechtswidrige staatliche Eingriffe, welche demokratische Grundrechte einschränken oder gar unterbinden sind eine große Gefahr für ein demokratisches, pluralistisches und vor allem freiheitliches Zusammenleben.

Dabei ist Polizeiwillkür in Deutschland ein echtes Problem, das meist weder thematisiert wird, noch Konsequenzen für die Polizist*innen nach sich zieht. Nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der Anzeigen gegen Polizist*innen enden mit einer Verurteilung (7) (8). Dass das nicht an einer einwandfreien, beanstandungsfreien Polizeiarbeit liegen kann, müssen zahllose politisch engagierte Studierende immer wieder erfahren, so auch in Hamburg.

Solidarität mit allen Betroffenen von Polizeigewalt

Wir verweisen auf die Plattform g20-doku.org, die dazu dienen soll Polizeigewalt im Rahmen der G20-Proteste in Hamburg zu dokumentieren.

Zudem fordern wir alle auf sich ein Bild von der stattgefundenen Polizeigewalt zu machen und sich für die Einhaltung demokratischer Grundrechte einzusetzen.

Wir erklären uns solidarisch mit allen Opfern von Polizeigewalt.

Quellen:

- (1) <http://www.taz.de/!5422560/>
- (2) <http://www.zeit.de/politik/2017-07/polizeieinsatz-hamburg-demonstration-welcome-to-hell>
- (3) <https://www.youtube.com/watch?v=Cd6fWPSEeRU>
- (4) <http://www.taz.de/!5426259/>
- (5) <https://netzpolitik.org/2017/journalistenverbaende-polizeigewalt-gegen-reporter-auf-dem-g20/>
- (6) <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/g20-gesa-rechte-systematisch-verletzt>
- (7) <https://www.fb.com/tagesschau/videos/10155655444679407>
- (8) <http://www.taz.de/!5020931/>
- (9) <https://jungle.world/artikel/2017/28/deutschland-raeumt-auf>

Begründung:

Es ist wichtig, auf gesellschaftliche Missstände, die auch die Studierende dieser Universität betreffen, hinzuweisen. Deshalb betrachten wir es als notwendig auch die Polizei auf ihre Grundrechtsbindung hinzuweisen, damit weiterhin die Grundrechte und nicht polizeiliche Einschätzung Grundlage des staatlichen Handelns sind.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).